

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Kunst und Kultur
Frau Dr. Eva Bürgermeister

Rathaus · 50667 Köln
Fon 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833
FDP-Fraktion@Stadt-Koeln.de
www.FDP-Koeln.de

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 06.01.2010

AN/0026/2010

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Kunst und Kultur	19.01.2010

Auswirkungen der Haushaltskürzungen auf städtische Institutionen und die Freie Szene

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur zu setzen.

Mit Einbringung des Haushaltes hat die Kämmerei den Dezernaten ein zu erreichendes Sparvolumen vorgegeben. Dies soll in den sog. freiwilligen Teilen 12,5% und in den pflichtigen Teilen 7,5% betragen. Die Allgemeinheit, mit der bislang über diese Kürzungsvorgaben diskutiert wird, führt einerseits zu großer Verunsicherung und zu Planungsschwierigkeiten, andererseits besteht für die politischen Beratungen des Haushaltsentwurfes keine ausreichend konkrete Darstellung der Auswirkungen einzelner Einsparungen. Für eine verantwortungsvolle Folgenabschätzung bedarf es aber dringend der transparenten Darstellung möglicher Kürzungsstrategien und ihrer Auswirkungen. Dies gilt sowohl für die städtischen Institutionen als auch für die Freie Szene.

Deshalb bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Kulturverwaltung die Realisierungsmöglichkeiten der im Haushaltsentwurf vorgesehenen pauschalen Kürzungsvorgaben in Höhe von 12,5% bzw. 7,5% ein? Wir bitten hierbei um Auskunft, wie die Einsparungen in den verschiedenen Bereichen konkret erreicht werden sollen, und wie die Verwaltung die jeweiligen Folgen abschätzt. Dies gilt sowohl für die städtischen Verwaltungsstellen, aber auch für die im Kulturamt zu vergebenden Mittel für die Freie Szene.

2. Sind Bereiche identifizierbar, die bei Durchsetzung des pauschalen Kürzungsverfahrens existenzbedroht sind? Welche Institutionen bzw. Zuschussempfänger sind das?

3. Gibt es Pläne die pauschalen Kürzungsvorgaben durch gezielte Einsparungen in ausgewählten Bereichen zu ersetzen? Wie könnte ein solches Vorgehen aussehen?

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Ulrich Breite
Fraktionsgeschäftsführer

gez.
Lorenz Deutsch
Sachkundiger Einwohner